

Handlungsbedarf

In den sieben vorhergehenden Abschnitten wurden nun die Ergebnisse des Bildungsmonitorings vorgestellt und gewürdigt. Es sind manch überdurchschnittliche und manch unterdurchschnittliche Ergebnisse herausgearbeitet worden. Es soll an dieser Stelle explizit auf die Quote an hohen Schulabschlüssen hingewiesen werden, die in der Region erreicht werden. Genauso sind aber zumindest in Teilen der Region sehr hohe Betreuungsquoten der unter-dreijährigen-Kinder zu verzeichnen, auch die Arbeitsmarkt- und Ausbildungsstellenlage hat sich deutlich verbessert. Die Inklusionsquote ist in großen Teilen der Region überdurchschnittlich. Somit gibt es verschiedene Beispiele, in denen die Bildungslandschaft mit guten Ergebnissen aufwarten kann.

Abschließend soll aber trotzdem noch einmal die Aufmerksamkeit auf die dringendsten Handlungsbedarfe gelenkt werden, die sich aus dem vorliegenden Bildungsbericht ergeben.

Das Rahmenkonzept des Landes Niedersachsen für Bildungsregionen weist darauf hin, dass Bildungsberichte Bestandteil eines systematisch angelegten Prozesses der Selbstbeobachtung sind.³⁷ Das bedeutet, dass der erste Handlungsbedarf darin besteht, sich die Ergebnisse selbst anzueignen, d.h. sie nicht als fertiges Produkt zu verstehen, sondern als Quelle der Reflektion über den aktuellen Stand der Bildungsprozesse zu nutzen. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Ergebnisse von den einen anders beurteilt werden als von den anderen. Die Ergebnisse des Bildungsmonitorings, die in diesem Bericht ausgeführt werden, können aber nur dann ihre Wirkung entfalten, wenn sich nicht an den Unterschieden festgehalten, sondern danach geschaut wird, welche Ziele für die inhaltliche Weiterentwicklung der Bildungslandschaft in Südniedersachsen verfolgt werden sollen.

Daten

Wenn eine Bildungsberichterstattung auf Dauer etabliert werden soll, wird es für die Zukunft Klärungsbedarf darüber geben, wie die Daten zugeliefert werden und welche Vorkehrungen getroffen werden müssen, damit die Datenqualität noch mehr den Wünschen der Akteurinnen und Akteure im jeweiligen Handlungsfeld entspricht.

An allererster Stelle ist dabei die Verständigung mit dem Land zu nennen, damit kleinräumige Auswertungen möglich sind. Hier gilt es, die Bedenken, die vor der Erstellung dieses Berichts nicht ausgeräumt wurden, am besten im Austausch mit den anderen Bildungsregionen des Landes und der Landesregierung für die Zukunft zu klären. Zur Verständigung mit dem Land gehört aber auch, dass bislang längst nicht alle Kennzahlen aus dem Anwendungsleitfaden für kommunales Bildungsmonitoring in den öffentlich zugänglichen Datenbanken zu finden sind. Es wäre hilfreich, wenn hier vom Land Abhilfe geleistet werden könnte.

Es geht aber auch darum, zu klären, in welchen Themenfeldern eine einheitliche Datensammlung und eine einheitliche Datenqualität innerhalb der Region hergestellt werden soll, damit die Daten vergleichbar und zur Auswertung heran gezogen werden können. Wenn sich dann auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt werden kann, sollten auch alle Stellen mitziehen und eine Übermittlung von Daten nicht blockieren, wie es im Prozess des Aufbaus dieses Bildungsmonitorings leider noch zu häufig festzustellen war.

Als inhaltlich wichtigste Themenfelder für eine Auseinandersetzung in näherer Zukunft haben sich die Übergänge von der Familie in die Kita, von der Kita in die Grundschule sowie im Übergang Schule – Beruf herauskristallisiert. Darüber hinaus ist es ebenfalls notwendig, sich intensiv mit dem Querschnitt Inklusion und Teilhabe zu befassen. Das bedeutet nicht, dass es in den anderen Übergängen keinen Handlungsbedarf gäbe. Es können jedoch nicht alle Dinge gleichzeitig bearbeitet werden, deshalb stellen diese Handlungsfelder aus der Perspektive des Bildungsmonitorings die prioritären Handlungsfelder dar.

37 vgl. Rahmenkonzept Bildungsregion

Übergang Familie - Kita

Der Übergang von der Familie in die Kita ist aus zweierlei Gründen ein wichtiges Feld mit deutlichem Handlungsbedarf: Zum einen erhöht sich der Bedarf an Krippen- und Kindergartenplätzen aufgrund der steigenden Geburtenzahlen in den vergangenen Jahren bei gleichzeitig steigenden Besuchsquoten. Die Besuchsquoten insbesondere bei den Kindern unter drei Jahren streuen in der Region enorm, genauso wie der Betreuungsumfang. Es gibt jeweils ein starkes Gefälle zwischen der Stadt Göttingen und dem ländlichen Raum.

Zum anderen gibt es deutlichen Nachholbedarf bei der Steigerung der Besuchsquote von Kindern mit Migrationshintergrund insgesamt, vor allem aber bei der Betreuung von ausländischen Kindern unter drei Jahre. Es wäre wünschenswert, wenn hier neue Wege gefunden werden könnten, damit allen Familien der Rechtsanspruch auf eine Kinderbetreuung bekannt ist und die Familien davon überzeugt werden, dass es für ihre Kinder sinnvoll sein kann, frühzeitig soziale Kontakte zu Kindern aus anderen Familien zu knüpfen und gemeinsam mit diesen zu lernen.

Beim notwendigen Ausbau der Betreuungskapazitäten wird darauf geachtet werden müssen, diese insbesondere dort zu erhöhen, wo bislang im Vergleich zur Anzahl der Kinder eine relativ schlechte Versorgungslage vorliegt.

Übergang Kita – Grundschule

Als zweites wichtiges Handlungsfeld hat sich der Übergang von der Kita in die Grundschule herauskristallisiert. Es konnte eine Reihe sehr disparater Ergebnisse erarbeitet werden, deren Gründe nicht eindeutig sind und einer vertieften Diskussion bedürfen, um die vorhandenen Beurteilungsstandards bei den Sprach- und Schuleingangsuntersuchungen einheitlicher anzuwenden und vor allem eine optimale Förderung der Kinder vor und bei Beginn der Grundschule zu gewährleisten.

Aus den Daten geht hervor, dass die Häufigkeit von Sprachfördermaßnahmen in den Gemeinden der Region sehr unterschiedlich ist und diese Häufigkeit zum Beispiel nicht linear mit dem Anteil der ausländischen Bevölkerung zu tun hat. Genauso kann nicht nachgewiesen werden, ob die Nutzung von Sprachförderung vor der Einschulung einen Effekt auf den Zeitpunkt der Einschulung hat.

Es zeigt sich aber, dass Kinder aus bildungsferneren Familien und Kinder mit Migrationshintergrund tendenziell später eingeschult werden. Hier sollte eine Verständigung herbeigeführt werden, wie und wann (vor oder in der Grundschule) die optimale Förderung der Kinder erfolgen kann. In jedem Fall gilt es, eine Bewertung zu finden, ob die Sprachförderangebote ausreichen und welche Unterstützungsleistungen verbessert werden können, um mehr Kinder zur Schulreife beim regulären Einschulungstermin zu führen.

Allgemein wäre es wünschenswert, wenn gemeinsam Ziele formuliert werden könnten, welche Ergebnisse bei Schuleingangsuntersuchungen und tatsächlichen Einschulungen als erstrebenswert angesehen werden.

Übergang Schule – Beruf

Als dritten Handlungsschwerpunkt soll der Übergang von der Schule in den Beruf benannt werden. Dieser umfasst zwei der in diesem Bildungsbericht thematisierten Übergänge: Von der Allgemeinbildenden Schule in die berufsbildenden Bildungsgänge und von diesen heraus in die Arbeitswelt.

In den letzten zehn Jahren ist im Bereich Berufsorientierung viel passiert, und trotzdem stellen diese Übergänge noch immer ein Feld mit vielen Herausforderungen dar. Dies beginnt bei den Schulabschlüssen der ausländischen Jugendlichen: Der Abstand zu den deutschen Jugendlichen ist immens und es sind überdurchschnittlich häufig die ausländischen Kinder, die von Abwärtsmobilität in den Allgemeinbildenden Schulen betroffen sind. Ebenso sind die Anteile der

Kinder ohne Schulabschluss zu hoch. Es setzt sich fort über die berufliche Orientierung bis hin zu den beruflichen Bildungsgängen und der Frage, welcher Weg der richtige für jede und jeden einzelnen ist. Hierfür gibt es keine pauschale Lösung, aber es wird Aufgabe der Begleitung im Übergang sein müssen, immer wieder mit den Jugendlichen zu reflektieren, warum sie welchen Schritt als nächstes gehen wollen. Dies kann helfen, Orientierung zu geben, weshalb es wichtig ist, in das erfolgreiche Absolvieren eines Bildungsgangs zu investieren. Der Anteil von SchülerInnen, die bestimmte Bildungsgänge ohne erfolgreichen Abschluss beenden, ist z.T. sehr hoch und es wäre wünschenswert, wenn hier an Lösungen zur Absenkung dieses Anteils gearbeitet werden könnte. Gleiches gilt für den Anteil der Vertragsauflösungen in der betrieblichen Ausbildung. Auch wenn Vertragsauflösungen nicht gleichzusetzen sind mit Ausbildungsabbrüchen, sind die Anteile insbesondere im Handwerk, aber auch in anderen Bereichen sehr hoch. Sie bedeuten insbesondere dann, wenn die Vertragsauflösungen nicht gleich zu Beginn der Ausbildung erfolgen, eine große Belastung für den Ausbildungsbetrieb und die Jugendlichen gleichermaßen.

Inklusion und Teilhabe

Zu Beginn dieses Abschnitts wurde positiv hervor gehoben, dass die Inklusionsquote in der Region über dem Landesdurchschnitt liegt, im Landkreis Northeim bei über 50 Prozent. Dennoch bleibt der Ausbau eines inklusiven Bildungssystems eine große Herausforderung, die ein weiterer wichtiger Handlungsschwerpunkt sein muss. Mehr als 600 Kinder in der Region erhalten Eingliederungshilfe in Kindertagesstätten, mehr als 300 Kinder und Jugendliche haben IntegrationshelferInnen in der Schule. Die Zahl der SchülerInnen, die Regelschulen besuchen, nimmt aktuell jedes Jahr zu, und dieser Prozess wird sich in den nächsten Jahren auch fortsetzen – schon alleine durch das Auslaufen der Förderschulen im Förderschwerpunkt „Lernen“. Um diesen Prozess zu unterstützen, wird vor allem eine intensive Diskussion über Veränderungen der Bildungskonzepte und über die notwendigen Ressourcen zur Bewältigung der Herausforderung geführt werden müssen.

Sowohl die gesellschaftliche als auch die Bildungsteilhabe von Kindern und Jugendlichen aus armen und/oder bildungsfernen Familien bleibt ein elementares Thema. Das Angebot an Ganztagschulen ist in der Region noch sehr disparat, insbesondere fehlt es an teil- oder vollgebundenen Ganztagsangeboten. Diese wären aber gerade für eine bessere Chancengerechtigkeit im Bildungssektor von Bedeutung. Im Rahmen von gebundenen Ganztagschulen lassen sich auch deutlich ausgereifere Konzepte für die Verknüpfung zwischen Beschulung und Förderangeboten entwickeln.

Die Nutzung des Bildungs- und Teilhabepakets in der Region kann insbesondere bei der Förderung der soziokulturellen Teilhabe erhöht werden. Die Lernförderung wird zwar im Bundesdurchschnitt schon erfreulich oft genutzt, aber auch hier wäre zu diskutieren, ob die Unterstützungsleistung noch besser organisiert werden könnte.